

Die Bürger müssen selbst ihre Einsprüche erheben

Planfeststellungsverfahren für Bahnelektrifizierung läuft –
Anwalt vertritt Gemeinde – Einspruch bis 31. Mai

Von Melanie Kräuter

13. Mai 2016

Kisslegg - Der Freiburger Rechtsanwalt Hans-Jörg Wurster und Kißleggs Bauamtsleiter Manfred Rommel werden in den nächsten Tagen viel zu tun haben: Sie müssen bis spätestens 31. Mai die Stellungnahme und Einsprüche der Gemeinde zur Bahnelektrifizierung in Kißlegg abgeben. Kißlegg ist die erste Kommune im Württembergischen Gebiet, in der die Unterlagen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens ausliegen. Und in den Unterlagen zeigen sich einige Fehler und falsche Voraussetzungen der Gutachten, wie Rommel und Rechtsanwalt Wurster in Gemeinderatssitzung berichteten.

Vor allem betonten sie aber, wie wichtig die Einsprüche der Bürger sind. Etwa 35 von ihnen kamen am Donnerstag auch zu der Infoveranstaltung ins Neue Schloss. "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben", fasste Wurster die Lage zusammen. Spätere Einsprüche würden nicht mehr berücksichtigt. "Am 31. Mai geht die Tür zu." Ärgerlich sei auch, dass die Einspruchsfrist genau in die Pfingstferien falle. Nichtsdestotrotz: "Jeder muss seine individuelle Betroffenheit darstellen." Diese zeige sich natürlich vor allem beim Lärm.

Bürger von Lärm betroffen

So habe die Bahn mit aktiven Schallschutzmaßnahmen wie etwa dem besonders überwachten Gleis, also einem besonders geschliffenen Gleis, die Möglichkeit, den Lärm zu reduzieren. Als passive Lärmschutzmaßnahmen gelten etwa Lärmschutzwände oder Fenster. "Der passive Lärmschutz ist wesentlich billiger als der aktive", sagte Wurster. Damit sei das auch eine "billige Entschädigung für den Vorhabenträger". Die Bürger selbst hätten aber dann etwa bei Lärmschutzfenstern nur Ruhe, wenn die Fenster wirklich geschlossen seien.

Mehrere Fehler sieht der Anwalt in den Unterlagen: Zum Beispiel gehe die Bahn jetzt schon von nächtlichem Güterverkehr aus, weswegen die erwartete Steigerung nur sehr gering sei. Aber im Moment fahren nachts gar keine Güterzüge, der letzte Zug fahre um 23.30 Uhr. Wenn man also momentan von etwa 30 Dezibel nachts ausgehe, bedeuteten die nächtlichen Züge in Sachen Lärm eine "extreme Verschlechterung", so Wurster. "Güterzüge machen einen Höllenlärm." Ab 60 Dezibel nachts fange eine Gesundheitsgefährdung an.

Auch Gemeinderat Wolfgang Schuwerk äußerte die Befürchtung, dass Anwohner dann jede Stunde von einem solchen Güterzug aufwachen könnten. Denn die Bahn geht derzeit von neun Güterzügen in der Nacht aus und von 14 am Tag. Auch die Zahl der Personenzüge werde auf 69 steigen, sagte Rommel.

Insgesamt seien in vier Leitz-Ordnern Gutachten und Baupläne gepackt, dennoch seien viele Fragen noch offen oder fehlerhaft. "Wir wissen bis jetzt nicht, wo die Stromführungsmasten langlaufen", sagte Rommel. Auch seien in den Unterlagen Wohngebiete als Gewerbegebiete gekennzeichnet. Es sei auch nicht beleuchtet, welche Folgewirkungen die längeren Schließzeiten der Schranken auf den Verkehr durch den Ort haben. "In der Planung ist einiges drin, was rechtlich eigentlich keinen Bestand hat", sagte Wurster. "Wir spielen Wühlmaus und suchen alle Fehler." Dennoch könne man den Bürgern nur Bausteine liefern, aber ihnen nicht die Einsprüche schreiben.